

Es steht im Grundgesetz

Zu: „Neuer Anlauf für Volksentscheide“, FR-Politik vom 29.9.

Viele Parteien und Verbände sind dafür, künftig bundesweite Plebiszite zuzulassen. Sie weisen darauf hin, so auch Melanie Reinsch in ihrem Beitrag, dass dazu eine Änderung des Grundgesetzes nötig sei. Die Grundlage schaffe aber schon jetzt Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes. Da heißt es laut Reinsch: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Richtig! Schon im nächsten Satz, der im Beitrag nicht zu lesen ist, steht aber seit 1949: „Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Also: auch durch Abstimmungen. Da steht es doch schon! Weshalb soll nun noch eine Änderung des Grundgesetzes nötig sein, die eine Zweidrittel-Mehrheit erfordert? Festzulegen wäre nur – das hätte schon längst geschehen müssen –, wie solche Abstimmungen durchzuführen sind. Eckart Roloff, Bonn

Teures Parlament

Zu: „Bundestag XXL“, FR-Tagesthema vom 27. September

Seit Jahren höre ich von den Behördenchefs bei Personalentscheidungen immer wieder: „Das muss aber kostenneutral sein.“ Das sollte auch für den Bundestag gelten. Insbesondere die Anhimmler der marktwirtschaftlichen Konkurrenz sollten eine Rückwärtsauktion bei den BT-Diäten organisieren; denn letztlich ist Abgeordneter nur eine Dienstleistung. Gelle Herr Lindner, das ist doch Ihre Ideologie. Wer es zuerst mit anderen BT-Einsparmeistern fertigbringt, die Kosten des Bundestags durch Diätenunterbietung neutral zu halten, der hat mehr Redezeit als die Regierung. Das eingesparte Geld könnte dann in die Verwaltung der Asylentscheidungen fließen, wo De Maizière neulich unsinnig Personal kürzte. Als Auktionsleiter schlage ich Volker Pispers oder Urban Priol vor. Die haben die Wortgewalt, um die Veranstaltung im Griff zu behalten und danach humorvoll tröstende Worte zu spenden.

Matthias Reinke, Böblingen

SORRY

Bei Immendingen in Baden-Württemberg errichtet der Daimler-Konzern ein Prüf- und Technologiezentrum. Wir berichteten darüber mit einem Bild: „Autonomes Fahren üben“ (6.10., S.16). Dabei ist ein Fehler passiert: Die Baustelle ist nicht rund 100 000 Quadratmeter groß, sondern rund 100 000 Quadratmeter.



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika moderiert die Diskussion „SOS Ozean? Die Meere zwischen Ausbeutung und Aktivismus“ mit Ulrike Kronfeld-Goharani (Mitherausgeberin des „Meeresatlas“ 2016) und Günther Bonin (Gründer von One Earth – One Ocean. Eintritt 8 Euro (online).

17. Oktober, 20 Uhr
Deutsch-Amerikanisches Institut, Sofienstr. 12, Heidelberg

Andreas Schwarzkopf moderiert die Diskussion „Was nun, Deutschland? Perspektiven nach der Bundestagswahl“ mit Gesine Schwan (Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform) und Thomas Schäfer (Finanzminister Hessens, CDU).

23. Oktober, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Dompulatz 3, Frankfurt

Tobias Schwab moderiert das Forum Entwicklung zum Thema „Wasser – knappe Ressource, großes Geschäft“, mit Petra Döll (Uni Frankfurt), Onejiru Schindler (Viva con Agua), Axel Bachmann (Coca-Cola) und Daniel Busche (GIZ).

24. Oktober, 18.30 Uhr
Museum für Kommunikation, Schaumainkai 53, Frankfurt

Stephan Hebel spricht und diskutiert zum Thema „Was ist los in Deutschland? Eine Nachlese zur Bundestagswahl“.

26. Oktober, 19 Uhr
Cafeteria der Kreisvolkshochschule, Schloss Dornberg, Hauptstr. 1, Groß-Gerau

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem Kurzroman „Die JFK-Akten“. Danach Publikumsgespräch: „Verschwörungstheorien und Verschwörungstheorien“. Eintritt frei.

23. November, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Die Sehnsucht nach linker Orientierung

Zu: „SPD-Linke gegen ‚alte Köpfe‘“, FR-Titel vom 2. Oktober

Die Chancen für Erneuerung stehen gut

Vollkommen zu Recht wurde auf der Mitgliederversammlung des „Forum Demokratische Linke DL 21“, in dem sich die linken Sozialdemokraten zusammengeschlossen haben, ein Erneuerungsprozess der SPD gefordert, der eine klare Abgrenzung zur verheerenden neoliberalen Agendapolitik der Schröder-Ära und eine Politik der Verteilungsgerechtigkeit beinhalten muss.

Die Chancen für eine demokratisch-sozialistische Politik der SPD waren noch nie so gut wie jetzt. Denn die jüngste personelle und inhaltliche Entwicklung der Sozialdemokraten deutet in eine Richtung, die darauf hinauslaufen könnte, dass die Parteilinke wieder mehr Einfluss auf die Politik der Gesamtpartei erlangen könnte. Gerade die Frage der Umverteilung und der Gerechtigkeit muss angesichts zunehmender Armut wieder zum Markenzeichen sozialdemokratischer Politik werden. Die Linke in der SPD fordert schon seit Jahren eine entsprechende Umorientierung in der Politik.

Die Tatsache, dass viele Menschen wieder den Weg in die SPD finden, zeigt eindeutig, dass viele Sozialdemokraten innerhalb und außerhalb der Partei nach einer linkssozialdemokratischen Orientierung der größten Oppositionspartei geradezu dürsten. Es sind vor allem jene, die unter der großen Koalition gelitten haben, weil die Konturen sozialdemokratischer Politik trotz einiger Erfolge in der Regierungsarbeit immer verschwommener wurden. Angesichts der Bedrohung von Rechts mit ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, kommt einer sich nach links orientierenden Sozialdemokratie eine historische, die Demokratie erhaltende Aufgabe zu. Den rechten Menschenverächtern muss mit Mut, Engagement und Leidenschaft entgegengetreten werden. Wer könnte das besser als eine links aufgestellte SPD?

Manfred Kirsch, Neuwied

Wirtschaftskompetenz würde untergraben

Der Vorstoß der SPD-Linken erscheint in einem wesentlichen Punkt nicht ganz zu Ende gedacht. Eine grundlegende Ab-

kehr von der „Agenda 2010“ – und damit eine komplette Rolle rückwärts – dürfte der Partei eher noch mehr an Vertrauen und Glaubwürdigkeit kosten, da sie hiermit ihre Wirtschaftskompetenz untergraben würde. Schließlich hat sich der Ansatz einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur Menschen mit Geld abspeist, sondern auch wieder in die Gesellschaft integrieren möchte, zumindest in Ländern wie Dänemark, wo etwa das Flexicurity-Modell von einem Sozialdemokraten zu Beginn der 1990er Jahre erfunden wurde, über viele Jahre bewährt. Deshalb bleibt die weitaus bessere Alternative eine differenzierte Analyse und Aufarbeitung der schröderschen Sozialreformen, wobei vor allem die Frage im Mittelpunkt stehen muss, ob sich die Erwerbslosen von den Jobcentern wirklich als Kunden behandelt fühlen und nicht bloß als Bittsteller, die um jeden Cent kämpfen müssen sowie Angebote verordnet bekommen, die ihnen oftmals gar nicht im Leben weiterhelfen!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Diskussion: frblog.de/altekoepfe

Ersetzen wir Profitgier durch Moral!

Zu: „Zahl der Opfer nach Hurrikan ‚Maria‘ steigt“, FR-Panorama vom 5. Oktober

Ein halbes Dutzend Hurrikane verwüstet die Karibik, ein Erdbeben erschüttert Mexiko, Südasiens ertrinkt in Überschwemmungen. Solche Naturkatastrophen belehren uns darüber, dass wir uns mit unseren 22 Millionen Soldaten und mit unseren insgesamt 14935 Atomsprenkköpfen gegen den falschen Feind gerüstet haben.

Rüsten wir die Fließbänder der Rüstungsindustrie um, um alles zu produzieren, was die

Menschheit in Naturkatastrophen benötigt, sowohl Rettungsgerät, Transportmittel und Versorgungsgüter, insbesondere sofort Unterkünfte für 60 Millionen Flüchtlinge und Lebensmittel für 900 Millionen Hungernde. Rüsten wir unsere 22 Millionen Soldaten um und versetzen wir sie in die Lage, Hilfsbedürftigen das Leben zu bringen statt Gesunden den Tod. Werfen wir unsere Feindschaften in den Müll und werden wir

solidarisch, hilfsbereit und brüderlich. Wenn wir damit so lange warten wollen, bis alle neun Atomwaffen besitzenden Staaten der Welt gleichzeitig von Cholerikern wie Donald Trump geführt werden, wird der große Atomkrieg nicht lange auf sich warten lassen, und es wird um das Schicksal der Menschheit geschehen sein! Ersetzen wir Machtgier und vor allem Profitgier durch Moral, bevor es zu spät ist! Otfried Schrot, Ronnenberg

Das Gerede über Gerechtigkeit

Zu: „Hessens Schulden wachsen“, FR-Regional vom 4. Oktober

Schon im Frühjahr war in der FR zu lesen, dass die Zahl der Pensionäre des Landes Hessen bis 2030 um 27,8 Prozent steigen wird. Jetzt steigen auch die Schulden. Warum? Liegt das auch an der steigenden Zahl der Pensionäre? Man kann das so vermuten.

Was macht der hessische Finanzminister? Wird für die Pensionäre ähnlich wie bei den Rentnern die „Pension mit 67“ eingeführt? Wird das Niveau der Pensionen gesenkt? Für die Rentner hält die CDU unter Frau Merkel ein Rente von 46 Prozent des Durchschnittseinkommens anno 2030 für richtig. Anfangs der 2000er Jahre waren es noch 52 Prozent.

Will oder kann die Politik nicht sehen, dass auch in der Altersversorgung die Schere auseinandergeht? Ist alles Gere-

de über Gerechtigkeit weiter nur Sonntagsgeschwätz? Riskiert „die Politik“ damit nicht ihre Glaubwürdigkeit? Wenn sie diese nicht schon verloren hat, wie das Ergebnis der Wahl vermuten lässt?

Ist es gerecht wenn die Altersversorgung derer, die nie in ihrem Berufsleben einen Beitrag zu dieser leisten, weiter mehr als 70 Prozent des letzten Bruttogehaltes beträgt? Und die nie in ihrem Berufsleben das Risiko einer Kündigung hatten, weil sie unkündbar sind? Die deshalb von wirtschaftlichen Risiken nie betroffen sind. Und deren Pension nach dem Bruttogehalt der beiden letzten Dienstjahre berechnet wird. Die ja die Jahre mit dem höchsten Gehalt sind. Bei Rentnern wird die Rente nach dem Lohn der gesamten Lebensarbeitszeit be-

rechnet. Da können auch mal schlechte Löhne dabei sein. Oder gar keiner. Für viele der zukünftigen Rentner wird Altersarmut vorhergesagt. Sie ist zumindest für die Pensionäre des Landes Hessen ein Fremdwort und wird es bleiben.

Die deutsche Einheit kam vor 28 Jahren recht überraschend. Es wurde recht schnell ein Einigungsvertrag gemacht. Warum soll es nicht möglich sein, Ähnliches in der Altersversorgung zu leisten? Ganz einfach *alle* zahlen in ein System der Altersversorgung ein und erhalten daraus die Altersversorgung. So wie das in Österreich und auch in der Schweiz gemacht wird. Und Unterschiede in der Altersversorgung gibt es bei gleichen Gehältern in den letzten Berufsjahren nicht mehr. Gerhard Müller, Offenbach